

Stephan Schulmeister

Vorsorgende oder vor-sorgende Wirtschaft*

Ich möchte mich auf folgende Weise dem Thema „Vorsorge und Wirtschaft“ nähern. Zunächst denke ich zurück bis in die 1960er Jahre und rekapituliere, welche Systeme der Vorsorge zu unterschiedlichen Perioden als optimal angesehen und daher realisiert wurden. Dabei möchte ich auch berücksichtigen, welchen Stellenwert das sich und anderen „Sorgen Machen“ unter den Bedingungen der verschiedenen Vorsorgesysteme hatte.

Ein Beispiel zur Einführung: Für die Altersvorsorge gab es bis in die 1990er Jahre in den meisten europäischen Ländern nur ein System, das sozialstaatliche Pensions(Renten)system nach dem Umlageverfahren. Die Erwerbstätigen zahlen Beiträge in die staatliche Pensionsversicherung und diese leitet sie als Pensionen/Renten zu den nicht mehr Erwerbstätigen um.

In den letzten 20 Jahren hat die Bedeutung der sozialstaatlichen Altersvorsorge abgenommen, jene der individuell-kapitalgedeckten Vorsorge wurde wichtiger. Ohne persönliche Eigenvorsorge durch Ansparen und Finanzveranlagung (via Pensionsfonds) könne Wohlstand im Alter nicht gesichert werden, insbesondere aus demographischen Gründen und wegen der hohen Verschuldung der Sozialstaaten.

Dieser langfristige Trend von solidarisch-sozialstaatlicher Vorsorge zu individueller Eigenvorsorge (auch im Gesundheitsbereich) festigte sich in Wechselwirkung mit drei anderen Prozessen:

- Die zunehmende Dominanz der neoliberalen Weltanschauung in (Wirtschafts)Wissenschaft, Medien und Politik seit den 1970er Jahren nach „Überwindung“ des in den 1950er und 1960er Jahren dominanten Keynesianismus.
- Die Verlagerung des Gewinnstrebens von realwirtschaftlichen Aktivitäten (wie in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit („Realkapitalismus“ der 1950er und 1960er Jahre) zu Finanzveranlagung und –spekulation (Ausbreitung des „Finanzkapitalismus“ seit den 1970er Jahren).
- Die vielfältigen Prozesse des sich und anderen „Sorgen Machens“ in Kombination mit einem „Man kann aber nichts dagegen tun“ (TINA-Mentalität – „there is no alternative“). Beispiele für dieses entmutigende „Sorgen Machen“: „Die Pensionen/Renten sind nicht gesichert und der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar“ oder „Immer mehr junge Menschen haben keine Chance auf einen normalen Arbeitsplatz und eine eigene

*) Erscheint 2012 in Heike Egner und Martin Schmid (Hrsg.): Wissenschaft in einer vorsorgenden Gesellschaft, oekom Verlag München.

Wohnung, aber wenn's der Markt nicht regelt, der Staat kann schon gar nix tun". In ähnlicher Weise hat das „Sorgen Machen“ über den Klimawandel viel größeres Gewicht als das Handeln dagegen.

Wenn mich meine Erinnerungen an das Leben in den 1960er Jahren nicht täuschen, so war damals die „Sorgenproduktion“ viel weniger verbreitet als heute - und zwar nicht nur das individuelle „sich Sorgen Machen“, sondern auch das kollektive anderen „Sorgen Machen“, insbesondere über die Medien (die individuelle Sorge hat in hohem Maß subjektiven Charakter, ihre soziale Ausbreitung und Verstärkung ist aber auch ein objektiv-gesellschaftliches Phänomen).

Während bei echter Vorsorge in der Gegenwart gehandelt wird, um sich Sorgen in der Zukunft zu ersparen, bedeutet (in meinem Verständnis) das „Sorgen Machen“ die in der Zukunft möglicherweise/wahrscheinlich berechtigte Sorge in die Gegenwart vorzuziehen, jedenfalls aber die „Sorgenproduktion“ über das Handeln zu stellen. Ich nenne daher dieses „Sorgen Machen“ verkürzt Vor-Sorge(n).

Die nachfolgenden Ausführungen stellen einen Essay (gerade) auch im wörtlichen Sinn dar und kein wissenschaftliches Paper. Im Wesentlichen versuche ich, die Dialektik von Vorsorge und Vor-Sorge in den Kontext meiner Interpretation der langfristigen Wirtschaftsentwicklung als einer Abfolge von real- und finanzkapitalistischen „Spielanordnungen“ zu stellen (ich werde daher auch nur auf wenige Arbeiten von mir verweisen, wo sich weiterführende Literatur zum „langen Zyklus“ findet).

Ich beginne mit einer Erläuterung meines Verständnisses des Begriffspaares Vorsorge und Vor-Sorge. Danach möchte ich skizzieren, auf welcher unterschiedlichen Weise Vorsorge organisiert wurde und welche Rolle die Vor-Sorge spielte. Dabei differenziere ich einerseits zwischen der vom Keynesianismus geprägten Prosperitätsphase (etwa 1950 bis 1970) und der „neoliberalen Phase“ (etwa 1990 bis zur Gegenwart), und andererseits zwischen (West)Europa und den USA. Abschließend werde ich die Beobachtungen und Schlussfolgerungen in den Kontext des langfristigen Entwicklungszyklus stellen, und damit in die Abfolge von zwei unterschiedlichen „Spielarten“ einer kapitalistischen Marktwirtschaft, „Realkapitalismus“ und „Finanzkapitalismus“.

Anmerkungen zu Begriff und Systemen der Vorsorge

„Echte“ Vorsorge kann man auf zweierlei Weise begreifen bzw. definieren, je nachdem, ob der negative oder der positive Aspekt dominiert - gemeint ist immer das Gleiche.

Vorsorge negativ begriffen ist jedes Handeln in der (jeweiligen) Gegenwart, das die negativen Folgen eines künftigen Zustands oder Ereignisses in Grenzen zu halten versucht. Ein solcher Zustand oder ein solches Ereignis kann sicher sein (der individuelle Tod), die Entwicklung als solche kann sicher sein, in ihrem Ausmaß und ihren Folgen aber unsicher und

beeinflussbar (Klimawandel), der Zustand/das Ereignis kann hoch wahrscheinlich sein wie der Übergang in die Pension/Rente (nur wenige arbeiten bis zu ihrem Tod) oder wenig wahrscheinlich, aber folgenschwer (Brand des Eigenheims, Berufsunfähigkeit durch Unfall).

Vorsorge positiv begriffen ist jedes Handeln heute, um ein „besser Leben“ in der Zukunft für sich und/oder nachfolgende Generationen zu ermöglichen. Die Zustände oder Ereignisse sind die gleichen wie oben skizziert, nur die Haltung ist verschieden. Im einen Fall möchte ich Angst und Sorge in der Gegenwart klein halten, im anderen Fall wende ich das Handeln heute ins Positive, ich freue mich, dass dadurch ein besseres Leben morgen möglich wird. Beispiele: Ich bereite mich erwartungsvoll auf den Ruhestand vor, die Politik kämpft gegen Ausmaß und Folgen des Klimawandels, etc.

Vorsorge betrifft primär Ereignisse/Zustände, deren Eintrittswahrscheinlichkeit bekannt ist oder zumindest grob abgeschätzt werden kann. Es handelt sich also um Risiko im Gegensatz zu elementarer Unsicherheit. So kann man etwa auf Grund von Erfahrungswerten abschätzen, wie viele Menschen in Deutschland 2012 an Hautkrebs erkranken werden. Ob hingegen die Schuldenkrise in mehreren Euro-Ländern nachhaltig überwunden wird oder sich weiter ausbreitet, bleibt essentiell unsicher (mangels Erfahrungswerten können keine Wahrscheinlichkeitsverteilungen geschätzt werden). Eine spezifische Vorsorge gegenüber Ereignissen/Zuständen, die elementar unsicher sind, ist nicht möglich. Allerdings kann man versuchen, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Unsicherheit an sich möglichst gering halten (dies war eines der wichtigsten Anliegen des britischen Ökonomen Keynes).

Maßnahmen der Vorsorge können gegenüber gesellschaftlichen oder individuellen Entwicklungen getroffen werden.

Im ersten Fall betreffen die künftigen Ereignisse/Zustände die Gesellschaft insgesamt wie der Klimawandel, Arbeitslosigkeit oder die Verschlechterung der Entfaltungschancen junger Menschen. Vorsorge mit dem Ziel, die Folgen dieser Ereignisse/Zustände abzumildern, kann nur die Gesellschaft leisten, nämlich durch das System Politik. In der ökonomischen Modellwelt handelt es sich um die Bewahrung öffentlicher Güter bzw. die Verringerung der sozialen Kosten/externen Effekte wie etwa die Verschlechterung der Umweltbedingungen (soziale Kosten werden bei der Preisbildung auf Märkten vernachlässigt). Das entsprechende Risiko kann – da eines der Gesellschaft insgesamt – nicht durch Versicherungsverträge verteilt werden (dies kommt auch in der unversicherbaren Höhe potentieller Schäden zum Ausdruck).

Im zweiten Fall handelt es sich um Ereignisse/Zustände, welche Individuen betreffen wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit, altersbedingte Erwerbslosigkeit, Tod oder auch der Verlust von Sachwerten durch Brand, Verkehrsunfall, etc. In all diesen Fällen kann entweder durch die Gesellschaft vorgesorgt werden, oder durch individuelle Lösungen, insbesondere durch den Abschluss von Versicherungen:

- Im (ursprünglichen) Europäischen Sozialmodell dominiert in Hinblick auf die fundamentalen Lebensrisiken die solidarische Lösung durch den Sozialstaat (Kranken-, Unfalls-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung), Risiken eines Sachwertverlust bleiben bei den Individuen (außer bei Katastrophen, nach denen ein Teil der Schäden mitunter vom Staat abgegolten wird).
- Im (neo)liberalen US-Modell bleibt ein wesentlich größerer Teil der Lebensrisiken bei den Individuen, und wo es sozialstaatliche Lösungen gibt (Gesundheitsversorgung für arme und alte Menschen, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) sind die Leistungen wesentlich geringer als in den europäischen Sozialstaaten.

Auf Grund dieser Unterschiede haben in den USA die private Versicherungswirtschaft (im Hinblick auf Lebensrisiken) sowie die Pensionsfonds eine wesentlich größere Bedeutung als in Europa. Allerdings haben sich in den letzten 20 Jahren die Unterschiede in Bezug auf die Altersvorsorge auch in Europa vergrößert. In Ländern wie Großbritannien oder Holland hat die kapitalgedeckte Vorsorge eine größere Bedeutung als etwa in Deutschland oder Österreich. In den EU-Beitrittsländern seit 2004 ist der Sozialstaat generell viel schwächer als in den Ländern der „alten“ EU15.

Zwei Arten von Vorsorge sind noch zu unterscheiden, präventive und „reparative“ Vorsorge. Im ersten Fall wird versucht, die befürchtete Entwicklung zu vermeiden, hinauszuzögern oder abzumildern. So kann die Politik Rezessionen dann vorbeugen, wenn sie sich zu einer antizyklischen Wirtschaftspolitik verpflichtet und ein entsprechendes Konzept vorstellt, und wenn die Unternehmer darauf vertrauen, dass die Regierung diese im Fall einer Rezession sogleich umsetzen wird. Unter dieser Bedingung werden sich die Unternehmer bei einem Rückgang der Auftragseingänge mit Kündigungen zurückhalten, steigt aber die Arbeitslosigkeit nicht nennenswert an, so kommt es erst gar nicht zu einer Rezession (dieses Vertrauen in vorbeugende Maßnahmen der Konjunkturpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, dass in Europa zwischen 1950 und 1974 nahezu keine Rezessionen auftraten).

Ein anderes Beispiel für präventive Krisenvorsorge stellt die „Behandlung“ der Finanzmärkte in den 1950er und 1960er Jahren dar. Da die Instabilität von Aktienkursen, Rohstoffpreisen und Wechselkursen sowie die - deflationsbedingt – hohen Realzinsen die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre ausgelöst und vertieft hatte, wurden die Finanzmärkte danach stark reguliert, die Wechselkurse wurden institutionell festgesetzt (System von Bretton Woods), die Erdölpreise durch Abkommen stabilisiert, die Zinssätze von den Notenbanken unter der (nominellen) Wachstumsrate gehalten.

Der im Mai 2010 aus Anlass der Griechenland-Krise gegründete Euro-Rettungsschirm (EFSF) wäre ein Beispiel für „reparative“ Vorsorge: Die Spekulationsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten wurden nicht eingeschränkt, für den Fall ihrer Ausweitung auf andere Länder sollte diesen aber durch den EFSF geholfen werden können.

Einer weiteren Verschlechterung der Relation von Erwerbstätigen und Pensionisten/Rentnern

könnte die Politik durch eine (Voll)Beschäftigungspolitik vorbeugen, verbunden mit einer Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und – eventuell – auch höherer Immigration (präventiv) oder sie passt sich der Verschlechterung des demografischen Faktors durch Leistungskürzungen oder Erhöhung des Antrittsalters in die Pension/Rente an („reparativ“).

Im Bereich der Vorsorge gegen den Klimawandel kann sich die Politik auf eine Beschränkung der Emission von Treibhausgasen konzentrieren (präventiv) und/oder Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels planen („reparative“ Vorsorge, etwa Evakuierungspläne für die Malediven).

„Sorgen Machen“ und Vorsorgesysteme

Mit Vor-Sorge möchte ich jenes Verhalten von Menschen bezeichnen, das die Sorge um mögliche Ereignisse in der Zukunft, die zumeist ihrem Wesen nach ungewiss sind, in die Gegenwart vorzieht. Eine Sorge, die in der Zukunft ihre Berechtigung hätte, sofern das Ereignis eintritt, wird „vorausgehend“ in die Gegenwart geholt. Ein solches Verhalten belastet das Leben des Momentanen und seine „Reise“ in die nächste Zukunft erheblich. Diese Vor-Sorge versucht, die elementare Unsicherheit menschlichen Lebens, dass es nämlich immer auch eine Fahrt ins Ungewisse ist, dadurch zu bannen, dass sie sich schon heute damit abgibt, was nicht alles morgen passieren könnte.

Ein kleines Beispiel: Jemand hat Angst, dass ihn irgendwann aus noch unbekanntem Grund seine Partnerin verlassen würde (sie könnte sich etwa in einen anderen verlieben). Er möchte vor-sorgen und fragt seine Partnerin laufend: Liebst du mich auch wirklich? Du interessierst dich doch nicht für einen anderen? Wirst du mich in alle Zukunft lieben? Liebe leben in der Gegenwart wird so unmöglich. Dies verweist auf die bewährteste Form des Umgehens mit Unsicherheit und Risiko hin: Vertrauen schaffen, pflegen, geben und nehmen.

Das Vertrauen in die Absicherung gegen gravierende Risiken wie (Arbeits)Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut im Alter wird umso leichter erreicht werden können, je stabiler jene Institution ist, welche die Vorsorge organisiert. In der ersten Hälfte der Nachkriegszeit war dies in Europa ausschließlich die Solidargemeinschaft aller in Gestalt des Sozialstaats. Dies ermöglichte positive Rückkoppelungen: Der Ausbau des Sozialstaats stärkte die Zuversicht der BürgerInnen/Haushalte (Vor-Sorge wurde minimiert), dies förderte die stetige Expansion der Konsumnachfrage und damit ein hohes Wirtschaftswachstum. Dies machte es dem Staat wiederum leicht, die Sozialleistungen auszuweiten und dennoch die Staatsschuldenquote stetig zu reduzieren.

Die aus vordergründig eigennütziger Sicht größten Nachteile sozialstaatlicher Vorsorge, die solidarische Risikoteilung und die damit verbundene Umverteilung, wurden durch das Vertrauen in die Stabilität dieses Systems ausgeglichen. Generell ist Solidarität ja keine Form von Selbstlosigkeit, sondern ein Eigennutz höherer bzw. sozialer Ordnung. Dies kommt in den impliziten Interessen/Anreizen zum Ausdruck: Da die Höhe und Verlässlichkeit der

Sozialleistungen von der Dynamik und Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängen, sind im Prinzip alle Mitglieder der Solidargemeinschaft an einer solchen Entwicklung interessiert.

Konkretes Beispiel: In einem System sozialstaatlicher Altersvorsorge haben die Pensionisten/Rentner ein Interesse an Vollbeschäftigung und zwar in Form voll sozialversicherter Jobs, insbesondere im Hinblick auf die „Jungen“. Das „Ausspielen“ der „Jungen“ gegen die „Alten“ wird durch ihr gemeinsames Interesse an Vollbeschäftigung verhindert.

Bei individuell-kapitalgedeckten Vorsorgesystemen ist das Interesse auf die Performance des eigenen Kapitals fokussiert. Bei einer persönlichen (Zusatz)Vorsorge durch ein Finanzinvestment ist dies offenkundig, bei Beteiligung an betrieblichen oder sonstigen Pensionskassen (a la Riester-Rente) konzentriert sich das Interesse auf die Performance der von diesen getätigten Finanzinvestitionen.

Wenn nun „Verschlankung“ der Unternehmen und Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen aller Art einen Anstieg der Aktienurse und damit eine Aufwertung des Pensions- bzw. Rentenskapitals begünstigen, so entsteht ein struktureller Konflikt zwischen dem Interesse der „Alten“ an möglichst guten Einkommen und dem Interesse der „Jungen“ an voll sozialversicherten Jobs (wie sie die „Alten“ in jungen Jahren bekommen hatten). Ein solcher Konflikt lässt sich auch schüren mit dem (einen) Ergebnis, dass manche „Junge“ die übermäßige (Einkommens)Ansprüchlichkeit der „Alten“ verantwortlich machen für die Verschlechterung ihrer eigenen Entfaltungschancen. Diese Konflikte sowie die Schwächung des Sozialstaats insgesamt erhöhen die Unsicherheit und dämpfen so Nachfrage und Produktion. Dies wird wiederum als Argument ins Treffen geführt, dass „wir“ uns den bzw. soviel Sozialstaat nicht mehr leisten können.

Der wichtigste „Verunsicherungsfaktor“ besteht darin, dass der Wert des Vorsorge-Kapitals auf den Finanzmärkten, insbesondere den Aktien(derivat)börsen, bestimmt wird und daher enormen Schwankungen unterliegt. Dies muss in Kauf genommen werden, wenn das neoliberale Prinzip der Eigenverantwortung und des Nicht-Teilens auf die Zukunftsvorsorge übertragen wird. Denn „individualisierbar“ ist das Vorsorge-Kapital nur dann, wenn es auf den Finanzmärkten veranlagt wird.

Diese Überlegungen deuten auf folgenden Zusammenhang hin: Wenn die Vorsorge gegen Grundrisiken des Lebens durch den Sozialstaat wahrgenommen wird, ist das Vertrauen in die Zukunft stärker und das Sorgenmachen daher schwächer als in Systemen, in denen ein (Groß)Teil der Altersvorsorge, aber auch der Vorsorge gegen Unfall und Krankheit, durch Bildung von individuell zurechenbarem Finanzkapital bzw. durch Privatversicherungen organisiert wird („Eigenvorsorge“). Um diese Hypothese weiter zu untersuchen, möchte ich zunächst die beiden Vorsorgesysteme in den Kontext von zwei Arten einer kapitalistischen Marktwirtschaft stellen, je nachdem, ob das Gewinnstreben stärker auf die Realwirtschaft fokussiert ist oder auf die Finanzwirtschaft.

Zwei Vorsorge-Modelle: Realkapitalbildung und Sozialversicherung oder Finanzkapitalbildung und Individualversicherung

Finanzvermögen – von Wertpapieren bis zu Bargeld - kann auf zweierlei Weise verwendet und vermehrt werden, als Transaktions- und Finanzierungsinstrument in der Realwirtschaft oder als Mittel zur Finanzveranlagung und –spekulation, also (nur) in der Finanzwirtschaft:!)

- Im ersten Fall dient Geld als „Schmiermittel“ realwirtschaftlicher Aktivitäten im Raum (insbesondere für den Handel) und in der Zeit (insbesondere für Investitionen), Geld dient gewissermaßen einem „Fremdzweck“.
- Im zweiten Fall wird versucht, Geld durch Tausch einer bestimmten Geldform (Finanzinstrument) gegen eine andere zu vermehren, entweder durch schnelles „trading“ oder durch langfristiges „holding“ eines Finanzinstruments. Im ersten Fall versucht man, die kurzen Kurschübe zu nutzen, im zweiten die langfristigen Trends.

Realkapitalistische „Spielanlage“

Wird Geld als Medium realwirtschaftlicher Transaktionen verwendet, so ergibt sich die charakteristische Tauschsequenz: Geld – Ware – Geld – Ware

Die typische Form der Vermehrung von Geld in der Realwirtschaft ist die Finanzierung von Investitionen: Jemand legt sein Geld auf einem Sparbuch an, die Bank verleiht es an einen Unternehmer, der den Kredit für den Erwerb eines Investitionsgutes verwendet, Finanzkapital wird so in Realkapital verwandelt (dies könnte auch durch eine Aktienemission erreicht werden). Aus dem Ertrag der Investition bezahlt der Unternehmer den Zins, den sich Bank und Sparer teilen.

Dominiert diese „Arbeitsform“ von Geld, so entwickelt sich ein Positiv-Summenspiel: Indem sich das Profitstreben auf die Realkapitalbildung konzentriert, wächst die Gesamtproduktion (das BIP) stetig. In einem solchen „Regime“ spielen der Finanzsektor und Finanzmärkte eine wesentliche Rolle als Vermittler von Finanz- und Realkapital, allerdings ist ihre Rolle im Verhältnis zur Realwirtschaft eine dienende. Ich nenne die „Spielanordnung“, in der die Rahmenbedingungen den „Vermehrungsdrang“ von Finanzkapital systematisch auf die Realakkumulation lenken, „Realkapitalismus“.

Diese „Spielanlage“ wurde in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit realisiert: Durch Realinvestitionen in der Gegenwart wurde der Profit in der nahen Zukunft gesucht, letztere also weniger erwartet als erarbeitet. Diesem Konzept entsprach ein politisches Handeln, das das (Zusammen)Leben in kleinen Schritten sozial sicherer und angenehmer machte, insbesondere durch den Ausbau des Sozialstaats.

¹⁾ Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf Schulmeister (2009).

Ohne Sorge um die weiter entfernte Zukunft und daher auch ohne eifrige Suche nach „Wachstumsmotoren“ und Reformstrategien wuchs die Wirtschaft im Realkapitalismus von einem Jahr zum nächsten. Erst „im Rückspiegel“ wurde offenbar, dass über 25 Jahre die historisch beste Entwicklung realisiert wurde.

Auf absehbare Zukunftsprobleme wurde nicht durch Enthaltensamkeit in der Gegenwart reagiert, sondern mit der Zuversicht, dass ein kräftiges Wirtschaftswachstum von Jahr zu Jahr den besten Lösungsbeitrag leistet. Konkretes Beispiel: Zwischen 1957 und 1970 nahm die Relation zwischen der Zahl von Kindern sowie Pensionisten und den Personen im erwerbsfähigen Alter in Österreich drastisch zu, rascher als für die kommenden Jahrzehnte prognostiziert wird (Guger, 2011, S. 3): 1972 lag diese „Abhängigkeitsquote“ bei fast 65%, derzeit liegt sie bei 48% und wird erst in 20 Jahren über 60% steigen). In den 1960er Jahren wurde dieses demographische Problem nicht mit Einsparungen im Pensionssystem beantwortet, sondern umgekehrt durch höhere Aufwendungen, was wiederum das Wirtschaftswachstum stärkte. Denn Zuversicht ist einer der wichtigsten „Wachstumsmotoren“, Zukunftssorgen bremsen hingegen.

Finanzkapitalistische „Spielanlage“

Versucht man, Geld „selbstreferentiell“ zu vermehren, also durch Tausch unterschiedlicher „Geldarten“ (Bankguthaben, Devisen, Aktien, Anleihen, Rohstoffderivate, etc.), so ergibt sich die charakteristische Tauschsequenz: Geld – Geld – Geld – Geld..... - Geld wird Mittel zum Selbstzweck. Dabei sind zwei „Arbeitsformen“ zu unterscheiden:

- Das „schnelle Geld“ vermehrt sich durch das sehr kurzfristige „trading“ von Finanzinstrumenten aller Art wie Aktien, Anleihen oder Devisen, insbesondere aber die entsprechenden, auf Aktienkurse, Zinssätze, Wechselkurse und Rohstoffpreise bezogenen Finanzderivate (Futures, Optionen, Swaps, etc.).
- Das „langsame Geld“ vermehrt sich durch „holding“ solcher Finanzinstrumente, deren Wert während eines „bull market“ oder „bear market“ über einen längeren Zeitraum steigt (bei einem Abwärtstrend hält man eine „short position“, man hat etwa einen Future verkauft oder eine Put Option gekauft).

Beide „selbstreferentielle Arbeitsweisen“ von Geld stellen im Wesentlichen Null-Summenspiele dar (die Summe von Gewinnen und Verlusten ist gleich), wobei die Umverteilung in der Regel von den Amateuren (einschließlich Pensionsfonds) zu den professionellen Akteuren erfolgt.

Das ökonomische Gesamtsystem gewinnt nicht nur nicht, sondern es wird verlieren, weil Spekulation die wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise Zinssätze und Aktienkurse destabilisiert und dies wiederum dazu beiträgt, dass die Unternehmen ihr Profitstreben von Real- zu Finanzinvestitionen verlagern. Diese „Spielanordnung“ in ihrer Gesamtheit nenne ich „Finanzkapitalismus“.

Daraus folgt die Grundparadoxie: Je mehr sich die Maxime durchsetzt, „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“, desto weniger arbeitet es und desto schlechter wird die gesamtwirtschaftliche Performance. Die jüngste Finanzkrise und ihre Folgen markieren eine wichtige Zwischenetappe in diesem Prozess.

Eine bedeutende Erscheinungsform dieser Grundparadoxie betrifft den Versuch, durch Bildung von Geldkapital für die Zukunft vorzusorgen: Je mehr Menschen zusätzliche Ersparnisse in Pensionsfonds einzahlen, desto schwächer wächst in der Gegenwart der Konsum und damit die Gesamtwirtschaft. Gleichzeitig nehmen die Ansprüche an das (künftige) Sozialprodukt zunächst zu. Denn die Pensionsfonds investieren das Sparkapital zu einem großen Teil in Aktien, deren Kurse (auch deshalb) für einige Zeit enorm steigen.

Dieses Tauschgeschäft kann nicht aufgehen: Wenn einst die „Privatpensionisten“ ihre Aktien gegen Güter und Dienstleistungen tauschen, würde diesen Ansprüchen kein ebenso stark gewachsenes BIP gegenüberstehen. Das ökonomische Fundamentalgesetz „Aus nix wird nix“ entfaltet daher seine Wirksamkeit schon früher: Durch den Aktienboom zwischen 2003 und 2007 nahm die Diskrepanz zwischen dem Börsenwert und dem tatsächlichen Wert der Aktiengesellschaften immer mehr zu (ähnlich wie im Boom der 1990er Jahre). Dementsprechend sanken die Aktienkurse nach Ausbruch der Finanzkrise wieder auf das Niveau vor dem Boom. Seit März 2009 haben sich die Kurse wieder verdoppelt und so ein erhebliches Absturzpotential aufgebaut. Dieses wurde im Sommer 2011 ein erstes Mal aktiviert, ausgelöst durch die Staatsschuldenkrise im Euroraum und in den USA.

Allgemein gilt: Um erfolgreich für die Zukunft vorzusorgen, müssen in den jeweiligen „Gegenwarten“ stetig mehr reale Werte geschaffen werden, es muss also jener „Kuchen“ wachsen, aus dem in Zukunft Ansprüche befriedigt werden können. Für die Gesamtwirtschaft gilt: Nur wenn Geldkapital in Realkapital transformiert wird, kann es in die Zukunft „mitgenommen“ werden.

Ein Einzelner (Person A) kann zwar durch Sparen den Konsum in der Gegenwart gegen künftigen Konsum tauschen. Gibt die Bank sein Sparguthaben an jemanden als Kredit, der damit seinen Gegenwartskonsum erhöht (Person B), so wird dieser im Zeitpunkt der Rückzahlung seinen Konsum einschränken müssen. Durch das Sparen wurden aber keine Vermögenswerte geschaffen, daher sind die Finanzforderungen von A auch nicht realwirtschaftlich gedeckt. Nur wenn B mit dem Kredit Realkapital bildet, wäre das Finanzkapital von A durch das zusätzliche Realkapital gedeckt und kann so in die Zukunft „mitgenommen“ werden.

Die Vorstellung, man könne durch Enthaltensamkeit in der Gegenwart den Konsum in der Zukunft sichern, orientiert sich am Verhalten von Hamstern und ihrer Vorratseinteilung. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft besteht der Konsum aus laufend produzierten Gütern und Dienstleistungen, und nicht aus dem Verzehr von Vorräten. Reduzieren alle Haushalte ihren Konsum um 2%, um für die Zukunft vorzusorgen, zieht dies eine Dämpfung der Produktion und

damit eine Wirtschaftskrise in der Gegenwart nach sich. Dadurch werden auch die Realkapitalbildung und damit der künftige Wohlstand beeinträchtigt.

Die Kenntnis dieses „Sparparadox“ war noch vor 30 Jahren Voraussetzung, um eine Diplomprüfung in Wirtschaftstheorie bestehen zu können, heute ist seine Unkenntnis Voraussetzung, um als Pensionsexperte oder Zukunftsforscher auf sich aufmerksam machen zu können.

Unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen haben das „Sorgen Machen“ und die Furcht vor der Zukunft besonders aus zwei Gründen an Bedeutung gewonnen. Erstens verringerte sich das Wirtschaftswachstum von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigung und Staatsverschuldung stiegen ebenso wie die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Entfaltungschancen. Zweitens verursachte die Instabilität der Aktien- und Anleihekurse enorme Schwankungen in der Bewertung des Vorsorgekapitals und damit der Leistungsansprüche, insbesondere der Höhe von Pensionen/Renten.

Vorsorge und Vor-Sorge in unterschiedlichen Perioden und Gesellschaften

Um den von mir vermuteten Zusammenhang zwischen dem sozialstaatlichen bzw. kapitalgedeckten Vorsorgesystem, dem Vertrauen und der Lebenszufriedenheit von Menschen und der gesamtwirtschaftlichen Performance zu konkretisieren, möchte ich zunächst skizzieren, welchen Stellenwert die wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Risiken und die individuellen Lebensrisiken im jeweils dominanten Vorsorgesystems hatten bzw. haben, und welche Bedeutung das „Sorgen Machen“ in Bezug auf diese Risiken hatte bzw. hat. Dabei unterscheide ich einerseits zwischen zwei Perioden, welche besonders markant realkapitalistische bzw. finanzkapitalistische Rahmenbedingungen aufwiesen (1950 bis 1970 und 1990 bis 2010), und andererseits zwischen dem US-amerikanischen und dem europäischen Gesellschaftsmodell.

Wie schon erwähnt gehe ich von einem weiten Vorsorgebegriff aus, der auch die wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Risiken umfasst, von der Schwächung des sozialen Zusammenhalts bis zu steigender Staatsverschuldung.

Übersicht 1: Bedeutung von Vorsorge und Vor-Sorge in unterschiedlichen Perioden und Gesellschaften

	Periode ~1950 bis ~1970		Periode ~1990 bis ~2010	
	USA	Europa	USA	Europa
Vorsorge in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Risiken				
Langfristige Entwicklungen				
Sozialer und politischer Zusammenhalt				
Nationale Ebene				
Soziale Sicherheit	+	+++	-	-
"Faire" Verteilung	+	++	---	---
Europa		++		(+)
Welt	+	+	-	-
Umwelt ("Zusammenhalt mit der Natur")	-	-	--	(+)
Kurzfristige Entwicklungen				
Vollbeschäftigung	++	+++	+	--
Unterstützung der Arbeitslosen	+	++	+	-
Preisstabilität	+	+	+	+++
Stabile Staatsfinanzen	+	+	+	(+++)
Vorsorge in Bezug auf individuelle (Lebens)Risiken				
Sozialstaatlich-solidarische Vorsorge	+	+++	-	-
Individuelle-privatwirtschaftliche Vorsorge	+	-	+++	++
Vor-Sorge in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Risiken				
Langfristige Entwicklungen				
Sozialer und politischer Zusammenhalt	-	-	-	+
Umwelt ("Zusammenhalt mit der Natur")	-	-	-	++
Kurzfristige Entwicklungen				
Vollbeschäftigung	-	-	+	-
Unterstützung der Arbeitslosen	-	-	-	-
Preisstabilität	-	-	-	++
Stabile Staatsfinanzen	-	-	-	+++
Vors-Sorge in Bezug auf individuelle (Lebens)Risiken				
Armut im Alter	+	-	+	+++
Pflege im Alter	+	-	++	++
Krankheitsvor-Sorge	+	-	++	+

+, ++, +++ ... kleine, mittlere, große (und entsprechend steigende) Bedeutung.

-, --, --- ... kleine, mittlere, große (und entsprechend steigende) Vernachlässigung ("Nicht-Bedeutung").

(+), (++), (+++)... kleine, mittlere, große Bedeutung in der Vorsorge, Ziel jedoch verfehlt

Übersicht 1 ist folgendermaßen zu lesen, dargestellt an einigen Beispielen. In der Prosperitätsphase hatte die Vorsorge für den langfristigen Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherheit höchsten Stellenwert (+++), kurzfristig hatte das Ziel der Vollbeschäftigung höchste Priorität (+++). Angestrebt wurden beide Ziele durch eine Vielzahl von Maßnahmen der Sozial-, Konjunktur- und Wachstumspolitik. Im Vergleich dazu hatten eine „faire“ Verteilung und die Unterstützung von Arbeitslosen zwar auch eine positive, aber etwas geringere Bedeutung (++) – Prävention durch Vollbeschäftigungspolitik war vorrangig. Der europäische Zusammenhalt (Gründung und Vertiefung der EG) hatte einen größeren Stellenwert (++) als die globale Zusammenarbeit – sie erstreckte sich im Wesentlichen auf „den Westen“ einschließlich vieler Entwicklungsländer. Umweltprobleme wurden vernachlässigt (-).

Indem die Politik in Europa der sozialen Sicherheit an sich einen so hohen Stellenwert einräumte, waren es die stetig ausgebauten Systeme der Pensions(Renten)versicherung sowie der Krankenkassen und Arbeitslosenversicherung, welche dem Einzelnen eine hinreichende Vorsorge in Bezug auf seine persönlichen Lebensrisiken boten. Individuell-privatwirtschaftliche Vorsorge spielte daher in Europa keine Rolle (-).

Diese Beschreibung verdeutlicht, dass ich mit der Übersicht nur eine ganz grobe Skizzierung der unterschiedlichen Vorsorgebereiche und ihres Stellenwerts zu geben versuche. Die Einschätzung der Bedeutung von „Sorgen Machen“ in den 1950er und 1960er Jahren in Europa ist notwendigerweise in noch höherem Maß subjektiv, sie stützt sich im Wesentlichen auf persönliche Erinnerungen (ab etwa 1960) und auf den Gesamteindruck, den Literatur, Magazine und Filme von den 1950er und 1960er Jahren bei mir hinterlassen haben. Dieser Zugang/Ansatz ist unwissenschaftlich, in einem Essay aber erlaubt. Auch kann jede(r) LeserIn selbst die Plausibilität meiner Einschätzungen beurteilen.

Gesellschaftliche Vor-Sorge, also das „Sorgen Machen“ als Thema in den politischen Auseinandersetzungen und in den Medien einschließlich der Filmindustrie, spielte in den 1950er und 1960er Jahren keine nennenswerte Rolle (von den individuellen Sorgen der Einzelnen und ihrer Nächsten ist hier nicht die Rede). Das Leitbild einer sorglos-optimistischen Gesellschaft wurde in Deutschland und Österreich sicher auch durch das Bedürfnis nach Verdrängung der Nazizeit gefördert, wichtiger war aber die historisch einmalig gute Performance der Gesamtwirtschaft. Dieses „Wirtschaftswunder“ ereignete sich in den meisten Ländern Europas. Daher stufe ich das „Sorgen Machen“ in Bezug auf die üblichen Gegenstände von Vorsorgesystemen pauschal mit (-) ein.

Der wichtigste Gegenstand der politischen und medialen Vor-Sorge waren die Konflikte in der internationalen Politik und die damit verbundene Angst vor einem 3. Weltkrieg (Teilung Europas, insbesondere Deutschlands, Berlin-Krisen, Kuba-Krise, etc.).

Auch in den USA wurde im Zeitalter des Keynesianismus den wichtigsten Zielen sozial- und wirtschaftspolitischen Vorsorge ein positiver Stellenwert eingeräumt, doch war er geringer als in Europa. Hauptgrund dafür ist die über Jahrhunderte unterschiedliche Bedeutung von individueller Interessensverfolgung versus soziale Organisation von Interessen. In den USA als

Einwanderungsland dominiert das erste Prinzip, in Europa hat das zweite größere Bedeutung. Dementsprechend hatte auch in den 1950er und 1960er Jahren die sozialstaatliche Vorsorge - wiewohl durch den „New Deal“ unter Präsident Franklin D. Roosevelt stark ausgebaut - bestenfalls eine gleich große Bedeutung wie die Privatversicherungen.

Aus diesen Gründen waren Alter- und Krankheitsvorsorge in den USA selbst in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit in höherem Maß Gegenstand gesellschaftlichen „Sorgen Machens“ als in Europa.

In der Hoch- und Spätblüte von Neoliberalismus und Finanzkapitalismus (~1990 bis ~2010) hatten sich sowohl die Vorsorgesysteme als auch das gesellschaftliche „Sorgen Machen“ gegenüber den 1950er und 1960er Jahren radikal verändert. In Europa und den USA wurden die staatlich organisierten sozialen Sicherungssysteme zugunsten privatwirtschaftlicher Vorsorge geschwächt. Die Wirtschaftspolitik gab die Ziele von Vollbeschäftigung und sozialem Ausgleich auf, statt dieser wurden Preisstabilität und solide Staatsfinanzen zu den Hauptzielen. Dieser Wechsel war in Europa radikaler als in den USA, wo die Politik der Zentralbank, aber auch der Regierung, am Ziel einer möglichst hohen Beschäftigung festhielt.

Als Folge der Verlagerung von sozialstaatlicher zu privatwirtschaftlicher Vorsorge in Kombination mit der Zunahme von Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und atypischer Beschäftigung nimmt die gesellschaftliche „Sorgenproduktion“ stark zu, insbesondere in Europa. Den höchsten Stellenwert bekommen die Sorgen um die Pensions(Renten)systeme, die Betreuung pflegebedürftiger Personen, um die Preisstabilität und insbesondere die Lage der Staatsfinanzen. Die daraus resultierende Sparpolitik schwächt das Vertrauen in die sozialstaatlichen Sicherungssysteme und fördert die individuelle Vorsorge durch Finanzveranlagung. Beide Effekte dämpfen die Konsumnachfrage, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und atypischer Beschäftigung nehmen weiter zu.

Abschließend skizziere ich die wichtigsten Merkmale einer real- und finanzkapitalistischen „Spielanordnung“. Die Abfolge dieser beiden Formen einer kapitalistischen Marktwirtschaft resultiert im langen „polit-ökonomischen Entwicklungszyklus“, dessen Länge mehrere Jahrzehnte beträgt: Die Aufschwungsphase wird durch realkapitalistische Rahmenbedingungen geprägt und ermöglicht, die Abschwungsphase durch finanzkapitalistische Rahmenbedingungen. Die schwierigste Periode ist die Talsohle des Zyklus, der Übergang, in dem das Alte nicht mehr trägt und das Neue noch nicht gefunden ist. Mit der Finanzkrise 2007/2008 sind wir – in meiner Einschätzung – in diese Übergangsphase eingetreten.²⁾

²⁾ Die nächsten Abschnitte folgen in verkürzter Form Schulmeister (2004). Eine aktualisierte Version meines Modells des „langen Zyklus“ findet sich in Schulmeister (2010).

Die Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital

Alle gesellschaftlichen Weltanschauungen, welche Interessengegensätze und ihre Interaktion berücksichtigen (vom Marxismus bis zur Katholischen Soziallehre), unterscheiden zwei Arten der Beteiligung am Produktionsprozess, Kapital und Arbeit, und damit zwei Klassen und Interessen. Tatsächlich sind die ökonomischen Interessen von Kapital fundamental unterschiedlich, je nachdem, ob es ihr in Real- oder Finanzkapital angelegt ist (Übersicht 2):

- Realkapital ist das in Produktionsmitteln angelegte Vermögen. Seine Rendite ist umso höher, je niedriger der reale Zinssatz und der reale Wechselkurs sind sowie die Rohstoffpreise. Da Unternehmer („Realkapitalisten“) ihren Gewinn auf Gütermärkten machen, profitieren sie generell von stabilen monetären Rahmenbedingungen.
- Finanzkapital ist das auf Finanzmärkten angelegte Vermögen, sei es zum Zweck der Finanzierung von Unternehmen, Haushalten oder des Staates, sei es zum Zweck der Spekulation auf den Aktien-, Devisen-, Anleihen- und Rohstoffmärkten. Finanzkapital profitiert von hohem Zinsen und instabilen Finanzmärkten.

Die gesellschaftliche Dynamik wird durch die Interaktion von folgenden drei Interessen geprägt (siehe dazu auch Übersicht 2):

- Das Erwerbs- und Vermehrungsinteresse des Realkapitals entfaltet sich auf den Gütermärkten und wird deshalb durch ein hohes Wirtschaftswachstum gefördert, indirekt insbesondere durch einen niedrigen Zinssatz und Wechselkurs.
- Das Erwerbs- und Vermehrungsinteresse des Finanzkapitals entfaltet sich auf den Finanzmärkten, und zwar entweder durch Halten von oder durch Handeln mit Finanzinstrumenten.
- Das Erwerbs- und Beschäftigungsinteresse der Arbeit erfordert ein (hinreichend) hohes Wirtschaftswachstum, einen der Arbeitsproduktivität entsprechenden Anstieg der Reallöhne und damit eine dynamische Entwicklung der Gütermärkte.

Allerdings lassen sich soziale Gruppen nach der Dominanz ihrer ökonomischen Interessen unterscheiden: Die meisten Arbeitnehmer sind "hauptberuflich" Arbeitnehmer und die meisten Unternehmer in der Realwirtschaft sind "hauptberuflich" Unternehmer (ihre Finanzkapitalerträge sind im Vergleich zu ihren Lohn- bzw.- Gewinneinkommen gering). Diesen drei Interessen entsprechen keine homogenen sozialen Gruppen („Klassen“):

- Arbeitnehmer sparen und akkumulieren dadurch Finanzvermögen; sie haben daher gleichzeitig Arbeitnehmerinteressen und Rentierinteressen.
- Unternehmer sind zwar in ihrer Gesamtheit (als Sektor) Nettoschuldner, in dem Ausmaß jedoch, in dem sie Finanzaktiva halten und ein entsprechendes Portfoliomanagement betreiben, haben sie auch Rentierinteressen.

Übersicht 2: Arbeit, Realkapital und Finanzkapital
Interessen und Partnerschaften

	Arbeit	Realkapital	Finanzkapital
Ökonomische Interessen	Vollbeschäftigung und Reallohnsteigerungen	Hohe Rendite auf Realveranlagung: - niedrige Realzinsen - niedrige reale Wechselkurse, Stabile/regulierte Finanz- und Rohstoffmärkte	Hohe Rendite auf Finanzveranlagung und -spekulation: - hohe Realzinsen - hohe reale Wechselkurse, Deregulierte Finanz- und Rohstoffmärkte
Beispiele für Interessenkonflikte	Lohnsteigerung ←	-----→	↔ Zinssteigerung ↔ Reale Aufwertung
Potentielle Partner für Interessenbündnis	Realkapital	Arbeit oder Finanzkapital	Realkapital
Ökonomisches Interesse am Staat	Vollbeschäftigungspolitik, soziale Sicherheit, Bildung, Öffentliches (Mit)Eigentum an Unternehmen, insbesondere der Daseinsvorsorge	Wachstumspolitik: Öffentliche Investitionen, Bildung, Wirtschaftsförderung Totalprivatisierung der öff. Unternehmen	Mächtige Notenbank Restriktive Geldpolitik "Bail-out" bei Finanzkrisen Privatisierung der Sozialversicherung

Unternehmen – insbesondere global agierende - Konzerne können ihre Aktivitäten in erheblichem Ausmaß von der Realwirtschaft auf die Finanzwirtschaft verlagern, was in den letzten 25 Jahren auch geschehen ist. Wegen der enormen Konzentration des Finanzvermögens ist die Zahl der „hauptberuflichen“ Rentiers viel kleiner als jene der „hauptberuflichen“ Unternehmer bzw. Arbeitnehmer.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich durch (stillschweigende) „Interessengemeinschaften“ der Unternehmerschaft entweder mit den („hauptberuflichen“) Rentiers (wie in den 1930er Jahren oder seit den 1980er Jahren) oder den Arbeitnehmern (wie in den 1950er und 1960er Jahren) geprägt. Um das Entstehen und Vergehen solcher „Bündnisse“ zu begreifen, muss zwischen ökonomischen und politischen Gegensätzen in der „Interessentriade“ unterschieden werden:

- Ökonomisch ist der Interessengegensatz zwischen Realkapital und Finanzkapital schärfer als zwischen Realkapital und Arbeit. Denn sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmer profitieren von einem starken Wachstum der Realwirtschaft, haben also indirekt auch ein Interesse an der Entfaltung der wirtschaftlichen Interessen der „Gegenseite“.
- Politisch stehen jedoch die Unternehmer den („hauptberuflichen“) Rentiers und ihren Managern bei Banken, Versicherungen und Investmentfonds näher als den Arbeitnehmern; hierfür dürfte einerseits ein Gefühl der sozialen Zusammengehörigkeit bestimmend sein und andererseits das Denken in der traditionellen Dichotomie Arbeit versus Kapital (egal ob Real- oder Finanzkapital).

Das Verhältnis der „Real- und Finanzkapitalisten“ zum Staat ist gespalten: Als Vermögensbesitzer sind sie politisch an einem wirtschaftlich passiven Staat interessiert; je wichtiger nämlich das Steuerungssystem „Markt“ ist, desto größer ist der Einfluss der Besitzer der „Geldstimmen“. Ökonomisch sind die Unternehmer an einem aktiven Staat im Bereich der Verbesserung der Produktionsbedingungen, insbesondere durch Investitionen in die Infrastruktur sowie in das Bildungswesen, interessiert. Die Rentiers und ihre „Geldvermehrter“ (Finanzsektor) sind dagegen an einer möglichst starken Stellung der Notenbank interessiert sowie an einer Erweiterung ihrer Geschäftsfelder durch Privatisierung der sozialstaatlich organisierten Vorsorgesystem (Sozialversicherung), insbesondere der Pensionsversicherung. In Finanzkrisen sind die Rentiers zusätzlich auch an staatlichen „Rettungsaktionen“ für ihr Kapital höchst interessiert („bail-outs“).

Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

Realkapitalismus und Finanzkapitalismus stellen zwei Ausprägungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft dar, die durch eine Vielzahl einander ergänzender Rahmenbedingungen charakterisiert sind. Die Aufschwungsphase im langfristigen Entwicklungszyklus wird von realkapitalistischen Rahmenbedingungen geprägt, die Abschwungsphase vom Finanzkapitalismus.

Die wichtigsten Komponenten bzw. Merkmale des Realkapitalismus sind (Übersicht 3):

- Dominanz eines „Interessenbündnisses“ zwischen Arbeit und Realkapital, die Interessen des Finanzkapitals sind „ruhig gestellt“.
- Das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften ist durch eine enge Zusammenarbeit (Korporatismus) charakterisiert.
- Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende Steuerungssysteme begriffen.

- Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat mehrere Ziele im Visier, insbesondere Vollbeschäftigung, ein hohes Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Förderung der Chancengleichheit.
- Der Wirtschaftspolitik liegen Theorien zu Grunde, welche davon ausgehen, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft immer wieder (schwere) Krisen produziert, die zumeist von den Finanzmärkten ausgehen (wie die keynesianische Theorie in der Nachkriegszeit).
- Der Hauptansatz zur Diagnose und Therapie ökonomischer Probleme ist systemisch, man versucht, das Entstehen von Problemen aus der Interaktion verschiedener Variablen zu begreifen.
- Die Finanzierungsbedingungen fördern die Realwirtschaft: Der Zinssatz wird von den Notenbanken stabil und auf einem unter der Wachstumsrate liegenden Niveau gehalten, die Wechselkurse sind fest, die Rohstoffpreise stabil.
- Die Rahmenbedingungen werden durch die Politik also so gesetzt, dass sich Vermögen am besten durch realwirtschaftliche Aktivitäten vermehren lassen.
- Der Realkapitalismus kann deshalb auch als ein „Spiel“ angesehen werden, bei dem der „Gesamtkuchen“ notwendigerweise wächst. Ein solches Positivsummenspiel mildert Verteilungskonflikte erheblich.

Die Kombination von Markt und Staat, von Konkurrenz und Kooperation, von individueller Entfaltung und sozialer Verantwortung, und damit auch der Versuch einer Integration gesellschaftlicher Gegensätze prägte die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit. Diese Transformation des „hässlichen Kapitalismus“ der 1930er Jahre zur „Sozialen Marktwirtschaft“ war nicht nur das Resultat der „Aufarbeitung“ der Weltwirtschaftskrise, sondern wurde auch durch den „Kalten Krieg“ gefördert.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Spannungsfelder zwischen ökonomischen und politischen Interessen lässt sich feststellen: Der Realkapitalismus stellt ein Regime dar, in dem das gemeinsame ökonomische Interesse von Realkapital und Arbeit (an hohem Wirtschaftswachstum) den Gegensatz ihrer politischen Interessen überwiegt.

Die meisten Merkmale des Finanzkapitalismus sind jenen des Realkapitalismus direkt entgegengesetzt und bedürfen daher keiner Kommentierung (Übersicht 3). Einzelne Elemente sollen ergänzend erläutert werden:

- Das „Interessenbündnis“ zwischen Real- und Finanzkapital manifestiert sich nicht nur in der Deregulierung der Finanzmärkte, sondern auch in den wirtschaftspolitischen Hauptzielen der Geldwertstabilität, „solider“ Staatsfinanzen und einer sinkenden (Sozial)Staatsquote (alles genuine Finanzkapitalinteressen).

Übersicht 3: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

	Realkapitalismus	Finanzkapitalismus
Implizites Bündnis	Arbeit & Realkapital	Realkapital & Finanzkapital
Unternehmer/Gewerkschaften	Korporatismus	Konflikt
Staat/Markt	Komplementär	Antagonistisch
Wirtschaftspolitische Ziele	Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Geldwertstabilität	Geldwertstabilität, „solide“ Staatsfinanzen, sinkende Staatsquote, Regelbindung der Politik, Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft
Wirtschaftspolitisches „Machtzentrum“	Regierungen	Notenbanken
Wirtschaftswissenschaftliches Modell	Keynesianismus	Monetarismus/Neoliberalismus
Diagnose/Therapie	Systemisch	Symptomorientiert
Finanzielle Rahmenbedingungen	Zinssatz < Wachstumsrate, „ruhige“ Aktienmärkte, stabile Wechselkurse und Rohstoffpreise	Zinssatz > Wachstumsrate, „boom“ und „bust“ auf Aktienmärkten, instabile Wechselkurse und Rohstoffpreise
Gewinnstreben fokussiert auf	Realwirtschaft (Positiv-Summenspiel)	Finanzwirtschaft (Null-Summenspiel)
Relativ begünstigt sind	Schuldner(sektoren)	Gläubiger(sektoren)
Dominanz der Institutionen der Kapitalvermehrung	Industrie / nationale und internationale Gütermärkte	Finanzsektor / nationale und internationale Finanzmärkte
Wirtschaftsmodell	Soziale und regulierte Marktwirtschaft	(„Reine“) Marktwirtschaft
Gesellschaftspolitische Ziele	Chancengleichheit, individuelle Entfaltung, sozialer Zusammenhalt	Rahmenbedingungen schaffen für: „Jeder ist seines Glückes Schmied“
Fokus der Globalisierung	Monetäre Rahmenbedingen (Weltwährungssystem), Regulierung der Finanzmärkte, Liberalisierung der Gütermärkte, (GATT), kooperative Wachstumsstrategien (Marshall-Plan, Entwicklungshilfe,)	De-Globalisierung des „Systems Politik“, Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte

- Das politische Hauptziel von Real- und Finanzkapital, den Sozialstaat und die Gewerkschaften zu schwächen, kommt in der Dominanz des Neoliberalismus zum Ausdruck, der Ideologie des Finanzkapitals.
- Diese auch von der Unternehmerschaft übernommene „Weltanschauung“ und die darauf basierende Politik von Sozialabbau und Deregulierung verursacht eine zunehmende Entfremdung zwischen den ehemaligen Sozialpartnern.
- Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierungen zu den Notenbanken kommt in Europa insbesondere in der historisch einmaligen Machtausstattung der Europäischen Zentralbank zum Ausdruck.
- Die Geldpolitik führt dazu, dass das Zinsniveau die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigt (insbesondere in den Ländern mit geringer Inflation wie Deutschland). Dieser Kurs wurde von der EZB im Zuge der Finanzkrise geändert, die US-Notenbank hatte einen solchen Kurswechsel schon 20 Jahre früher durchgeführt.
- Schwankende Wechselkurse und Rohstoffpreise, über der Wachstumsrate liegende Zinssätze und zunehmende Gewinnchancen kurzfristiger Finanzspekulation dämpfen das Wachstum der Realinvestitionen und damit der Gesamtwirtschaft.
- Der Neoliberalismus wurde somit nicht durch die Popularität seiner Forderungen geschichtsmächtig, sondern durch die „Hintertür“ der Ent-Fesselung der Finanzmärkte: Diese senkte das Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen, Sozialabbau und Deregulierung wurden zu „Sachzwängen“.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessen der beiden Veranlagungsformen von Vermögen gilt: Der Finanzkapitalismus stellt ein Regime dar, in dem das gemeinsame politische Interesse von Real- und Finanzkapital an einer Schwächung von Gewerkschaften und Sozialstaat einen größeren Stellenwert hat als der Gegensatz ihrer ökonomischen Interessen.

Die große Krise im polit-ökonomischen Entwicklungszyklus

Im Hinblick auf die Interaktion der drei ökonomischen Fundamentalinteressen lässt sich die Position der gegenwärtigen Krise im letzten "langen Zyklus" folgendermaßen skizzieren (Schulmeister, 1998) ³⁾:

³⁾ Das Konzept eines langen "polit-ökonomischen Entwicklungszyklus" geht davon aus, dass die Abfolge von mehreren Jahrzehnten dauernden Aufschwungs- und Abschwungsphasen durch die Interaktion sozialer und technologischer Faktoren geprägt wird. Die wichtigste soziale, genauer polit-ökonomische, Determinante ist die Bündniskoalition in der Triade "Arbeit – Realkapital – Finanzkapital": Die jeweilige Aufschwungsphase ist durch realkapitalistische Rahmenbedingungen geprägt (wie ~1890 bis 1914 oder ~1950 bis ~1970), die Abschwungsphase durch den Finanzkapitalismus (wie 1873 bis ~1890 oder ~1970 bis ~2010ff). Das Konzept des "polit-ökonomischen

- Finanzkapitalistische Rahmenbedingungen in den 1920er Jahren (vom Aktienboom bis zur Dominanz der neoklassischen Wirtschaftstheorie) bauten das Potential für die Weltwirtschaftskrise auf, ausgelöst durch den Börsenkrach von 1929.
- Diese Krise markiert die Talsohle des "langen Zyklus". Ihre ökonomischen, sozialen und politischen Folgen waren verheerend, entsprechend radikal fiel ihre Aufarbeitung aus.
- Diese erbrachte eine neue Wirtschaftstheorie (Keynesianismus) und eine darauf aufbauende Neugestaltung des Verhältnisses von Markt und Politik. Auch das Verhältnis von Güter- und Finanzmärkten wurde neu gestaltet, erstere liberalisiert, letztere reguliert.
- Damit waren die Rahmenbedingungen für die realkapitalistische Prosperitätsphase geschaffen. Politisch abgesichert wurde sie durch den "großen Konsens" zwischen Arbeit und Realkapital ("Rheinscher Kapitalismus") auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft.
- Hohes Wirtschaftswachstum bei Vollbeschäftigung sowie Ausbau des Sozialstaats bei sinkender Staatsverschuldung zogen in den 1960er Jahren eine (schleichende) Machtverlagerung zugunsten der Gewerkschaften (und der Sozialdemokratie) nach sich.
- Die teilweise durch Streiks erzwungene Umverteilung von den Gewinnen zu den Löhnen, die Forderung nach mehr Mitbestimmung, das Jahr 1968, die drohende "Abwanderung" der Intellektuellen ins "linke Lager" trugen wesentlich zur Abkehr der Unternehmer vom Interessebündnis mit der Arbeit bei.
- Die ideologische Basis für das sich in den 1970er Jahren formierende Interessebündnis zwischen Realkapital und Finanzkapital bildete der Neoliberalismus. Die Durchsetzung seiner Forderungen wurde durch die "Hintertür" der Ent-Fesselung der Finanzmärkte erreicht.
- Gleichzeitig nahm die Instabilität der wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse, zu. Nach einem gleichzeitigen Boom der Preise von Immobilien, Aktien und Rohstoffen zwischen 2003 und 2007 führte die "Schubumkehr" zu einer dramatischen Vermögensentwertung und damit zur schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Damit ist der Beginn der Talsohle im polit-ökonomischen Entwicklungszyklus erreicht.

Übersicht 5: Das europäische und das US-amerikanische Modell

	Europäisches Modell	US-amerikanisches Modell
Determinanten langfristigen Entwicklung	<p>Eingebundenheit in Verbände (Zünfte, Gemeinden, etc.)</p> <p>Verbindlichkeit in den Beziehungen zwischen „oben“ und „unten“ (Feudalsystem, Staat und Beamtenschaft, patriarchales Unternehmertum)</p> <p>Kollektive Organisation von Interessen im (Früh)Kapitalismus, (Gewerkschaften, Parteien der Unternehmer und Arbeitnehmer)</p> <p>Klassen im Zentrum gesellschaftspolitischer Ideologien (Marxismus, Katholische Soziallehre)</p>	<p>Einwanderungsland: „Jeder ist seines Glückes Schmied“</p> <p>„Lockere“ ökonomische und soziale Beziehungen in einer „(Ein)Wanderergesellschaft“</p> <p>Kollektive Organisation von Interessen kaum vorhanden bzw. oft im Keim erstickt</p> <p>Individuum im Zentrum, insbesondere auch im Kampf gegen mächtige Kollektive</p>
Gesellschaftliche Grundwerte	Individuelle Entfaltung, Chancengleichheit und Solidarität („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“)	Individuelle Entfaltung („pursuit of happiness“)
Sprache und Kultur	Viele Länder mit jeweils einer dominanten Nation, Kultur und Sprache	Ein Land mit vielen Ethnien und kulturellen Traditionen, aber einer gemeinsamen Sprache
Gesellschaftlicher Erfolg	Ökonomischer, politischer oder kultureller Aufstieg	Primär ökonomischer Aufstieg durch Akkumulation von Eigentum („vom Tellerwäscher zum Millionär“)
Räumliche Mobilität	Gering (auch: Rolle der „Heimat“)	Groß
Absicherung gegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Armut im Alter	Überwiegend durch den Sozialstaat	Überwiegend individuell (oder gar nicht)
Bildungssystem	Überwiegend öffentlich	In relativ höherem Maß privat
Bereitstellung öffentlicher Güter (einschließlich Daseinsvorsorge)	Relativ ausgedehnt	Klein
Streuung der Qualifikation der Arbeitskräfte	Relativ gering	Relativ hoch
Labor relations	Korporatistisch	„Locker“

Bedeutung von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden	Groß	Gering
Arbeitsmarkt	Stark reguliert	Kaum reguliert („hire and fire“)
Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen	(Relativ) Niedrig	Hoch
„Unternehmenskultur“	Steuerung durch Unternehmer bzw. Aufsichtsrat Hauptziele: kurzfristige Maximierung der Gewinne und des „shareholder value“	Steuerung durch Management Hauptziele: längerfristige Expansion des Unternehmens, Steigerung des „stakeholder value“
Ökonomische und sozial-psychologische Bedeutung der Aktienbörse	Gering	Hoch

Das Europäische und das US-amerikanische Modell

Die wichtigsten Unterschiede zwischen beiden Gesellschaftsmodellen lassen sich aus ihrer historischen Entwicklung begreifen (siehe auch Übersicht 4).

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist eine Geschichte der Einwanderer, der Abenteurer und Eroberer ("go West"), der individuellen Helden, sei es als Cowboy, Unternehmer, Finanzspekulant oder Politiker. Dementsprechend hoch sind der Stellenwert des Individualismus ("jeder ist seines Glückes Schmied") und die räumliche, soziale und berufliche Mobilität der Einzelnen. Die Organisation von Interessen in Verbänden spielt eine im Vergleich zu Europa geringe Rolle; dies gilt insbesondere für die Interessen der Arbeitnehmer: eine Arbeiterpartei konnte sich nicht entwickeln, Mitgliederdichte und Einfluss der Gewerkschaften sind klein.

In den europäischen Gesellschaften prägte hingegen die Eingebundenheit in Verbänden das Leben, sei es im Rahmen der Grundherrschaft, der Zünfte, der Städte oder der Staaten, wobei zwischen jenen "oben" und jenen "unten" wechselseitige Rechte und Pflichten bestanden. Diese Tradition führte nach der industriellen Revolution einerseits zur Organisation der Arbeiterinteressen in Form von Gewerkschaften und Parteien, und andererseits dazu, dass nunmehr der ("Vater") Staat Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor den "ungebändigten" Märkten und Unternehmern ergriff: Sozialversicherung, Kündigungsschutz und Regulierungen des Wohnungsmarkts prägten die gesellschaftliche Entwicklung Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts - nicht individuelle "charity" der Wohlhabenden sollte soziale Not mildern wie in den USA, sondern das "System Politik".

Auf der Grund der Aufarbeitung der Weltwirtschaftskrise sowie vor dem Hintergrund des kommunistischen Vormarschs wurde in (West)Europa nach 1945 das Europäische Modell in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft realisiert: der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital

sollte durch die Dynamik einer vom Staat bzw. dem "System Politik" regulierten ("sozialen") Marktwirtschaft gesellschaftlich integriert werden.⁴⁾

Dementsprechend sind Vollbeschäftigung und eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung konstitutive Ziele des europäischen Modells (in seiner „Originalform“), der Staat greift insbesondere in drei Bereichen in die Marktprozesse ein, um die Ungleichheit in den Entfaltungschancen und Lebensbedingungen zu mildern:

- In der Vorbereitung auf das Erwerbsleben (das Bildungswesen wird in Europa überwiegend vom Staat organisiert).
- Im Erwerbsleben (Regulierung des Arbeitsmarkts, insbesondere durch den Arbeitnehmerschutz).
- Bei Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (durch die Sozialversicherung für den Fall von Unfall und Krankheit, Arbeitslosigkeit sowie für den Ruhestand).

In diesen Bereichen unterscheidet sich das europäische besonders markant vom amerikanischen Modell, in dem das Bildungswesen überwiegend privatwirtschaftlich organisiert wird (dies gilt insbesondere für die Eliteeinrichtungen), in dem es keinen nennenswerten Arbeitnehmerschutz gibt ("hire and fire") und in dem die staatliche Absicherung gegen Einkommensverluste als Folge von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Pensionierung kaum entwickelt ist.

Das Europäische und US-amerikanische Modell unter real- und finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen

Neben den in der Dimension Zeit wechselnden makroökonomischen Rahmenbedingungen in Gestalt des Real- bzw. Finanzkapitalismus gibt es in der Dimension Raum die beiden unterschiedlichen Arten von institutionellen Rahmenbedingungen in Gestalt des Europäischen und des US-amerikanischen Modells. Daraus resultieren vier Kombinationen, dargestellt am Beispiel der Nachkriegsgeschichte.

Die Kombination „Europäisches Modell und Realkapitalismus“ kennzeichnet die europäische Entwicklung bis etwa 1973. Diese Kombination ermöglichte nach allen wesentlichen Kriterien wie Wachstumstempo, Realkapitalbildung, Beschäftigungsniveau, Preisstabilität,

⁴⁾ Als „Europäisches Sozialmodell“ bzw. verkürzt „Europäisches Modell“ wird in diesem Essay eine solche Organisation der ökonomischen und sozialen Beziehungen definiert, in welcher der Sozialstaat die Hauptverantwortung für die Absicherung gegen Grundrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Armut im Alter, Behinderung übernimmt, und zwar durch staatliche Einrichtungen. Darüber hinaus ist im Europäischen Modell auch das Bildungswesen im wesentlichen Angelegenheit des Staats, um die Ungleichheit in den Entfaltungschancen zu mildern. Die soziale Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung sowie das öffentliche Bildungswesen stellen die vier Hauptsäulen des Sozialstaats dar, durch sie unterscheidet sich das Europäische Modell markant vom US-amerikanischen Modell.

Einkommensverteilung und sozialem Ausgleich eine bessere Performance als das US-Modell (die Kombination „'Laissez-faire-Modell' mit Realkapitalismus“).

Die wichtigste Ursache für die hervorragende gesellschaftliche Entwicklung in Europa bestand in der Kohärenz des Modells der Sozialen Marktwirtschaft mit den makroökonomischen Rahmenbedingungen des Realkapitalismus: Erstens entsprach der (hohe) Stellenwert der Wirtschaftspolitik im keynesianischen „Weltbild“ des Realkapitalismus der zentralen Rolle des Staates im europäischen Modell, zweitens kamen die Vorteile der staatlichen Aktivitäten sowohl der Unternehmerschaft als auch den Arbeitnehmern zugute, und drittens ermöglichten die realkapitalistischen Rahmenbedingungen ein so hohes Wachstum von Produktion und Beschäftigung, dass sowohl der Sozialstaat ausgebaut als auch die Staatsschuldenquote gesenkt werden konnte.

Realkapitalistische Rahmenbedingungen kombiniert mit dem „Laissez faire-Modell“ finden wir in der US-amerikanischen Entwicklung der ersten Hälfte der Nachkriegszeit: In dieser Phase war der Staat auch in den USA wirtschafts- und sozialpolitisch „aktiver“ als es dem „Laissez-faire“ und damit der langfristigen Tradition des amerikanischen Modells entsprach. Genau diese Inkohärenz begannen die führenden Köpfe des Neoliberalismus, insbesondere Friedrich A. von Hayek und Milton Friedman, schon frühzeitig zu „bearbeiten“, nach dem Motto „Der (Sozial)Staat bedroht die (individuelle) Freiheit“.

Der Übergang von real- zu finanzkapitalistischen Systembedingungen verursachte in Europa einen wesentlich stärkeren Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung als in den USA; denn einerseits lassen sich die in Jahrzehnten aufgebauten Institutionen des Sozialstaats nicht einfach wieder abbauen, andererseits setzt ihre Bewahrung ein kräftiges Wirtschaftswachstum und damit realkapitalistische Rahmenbedingungen voraus.

Da der Staat im Europäischen Modell mehr Aufgaben übernommen hat als in den USA, ließen die Halbierung der Wachstumsrate und der permanent darüber liegende Zinssatz die Staatsschulden rascher steigen als die Gesamtproduktion (BIP). Gleichzeitig bewirkte die stetige Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte, dass die Arbeitsproduktivität in Europa langfristig stärker stieg als in den USA. Unter diesen für das Europäische Modell typischen Bedingungen machte die nachhaltige Wachstumsdämpfung jede nennenswerte Beschäftigungsausweitung unmöglich. Dies schwächte die Finanzierung der Sozialsysteme und diente den neoliberalen Kritikern des europäischen Modells als Argument für ihre beiden Hauptthesen: Der Arbeitsmarkt muss dereguliert werden und „wir“ können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.

Die Kombination „Europäisches Modell und Finanzkapitalismus“ erweist sich somit als hochgradig inkohärent. Dies betrifft nicht nur den Widerspruch zwischen Massenarbeitslosigkeit und Sozialstaat, sondern auch die Entfremdung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, den Verlust des Vertrauens der BürgerInnen in den Sozialstaat als einem „Gesellschaftsvertrag“ und die dem Grundwert der Solidarität

widersprechende (partielle) Individualisierung von Grundrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Armut im Alter. Die mit diesem Verlust an gesellschaftlicher Identität verbundene Verunsicherung dürfte einen wesentlichen (und vernachlässigten) Grund für die Stagnation insbesondere in den großen EU-Ländern darstellen (in den skandinavischen Ländern hat sich hingegen die ökonomische Performance besser entwickelt, gleichzeitig wurde dort das Prinzip des Wohlfahrtsstaats nicht in Zweifel gezogen).

Die Kombination „'Laissez-faire-Modell' und Finanzkapitalismus“ und damit die Entwicklung in den USA seit den frühen siebziger Jahren weist demgegenüber weniger (gravierende) Widersprüche auf: Dies zeigt sich etwa an der Priorität für das Individuum und seiner Entfaltung, die sowohl in den Grundwerten und Lebensgewohnheiten des US-amerikanischen Modells seinen Ausdruck findet als auch im wirtschaftswissenschaftlichen Modell des Neoliberalismus, aber auch an der Kohärenz zwischen dem Bildungssystem in den USA, den unregulierten Arbeitsmärkten und dem Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“. So tragen das hohe Angebot an relativ schlecht qualifizierten Arbeitskräften, die geringen Arbeitslosenunterstützungen und das „hire-and-fire“-Prinzip dazu bei, dass sich Beschäftigung und Produktion bei abgeschwächtem Wachstum zu den traditionellen Dienstleistungen mit niedriger Produktivität verlagern wie Handel, Gastgewerbe, Gesundheitswesen oder persönliche Dienste: In diesen Bereichen entstanden die meisten Jobs, sie wurden jedoch so schlecht bezahlt, dass immer mehr Arbeitnehmer unter die Armutsgrenze fielen („working poor“).

Erfolgreich „amerikanisieren“ wird sich Europa letztendlich doch nicht lassen: Grundwerte, Lebensgewohnheiten und Institutionen, welche sich in Jahrhunderten entwickelt haben, lassen sich nicht in zwei oder drei Jahrzehnten beseitigen. Die Inkohärenz zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen des Europäischen Modells und den makroökonomischen Rahmenbedingungen des neoliberal-finanzkapitalistischen Zeitalters wird Europa allerdings für einige Zeit tiefer in die Krise ziehen.

Dennoch: Die ökonomische, soziale und politische Entwicklung in der Talsohle des langen Entwicklungszyklus, in die wir mit Ausbruch der großen Krise vor 4 Jahren eingetreten sind, wird bei weitem nicht so verheerend sein wie in der letzten Talsohle. Es liegt nicht nur an den Eliten, sondern an uns allen, rascher zu lernen als damals. Das Schwierigste daran wird das Verlernen des Alten sein.

Literaturverweise

Guger, A., Volkswirtschaftliche und sozialpolitische Auswirkungen von geminderter Arbeitsfähigkeit, in Pfeil, W. J., (Hrsg.): Geminderte Arbeitsfähigkeit, Manz, Wien 2011.

Kondratieff, N. D., „Die langen Wellen der Konjunktur“, Archiv für Sozialwissenschaften, 56, 1926.

Schulmeister, S. (1998), „Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit“, Internationale Politik und Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1998(1).

Schulmeister, S., Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das Europäische Modell, in Hein, E., Heise, A., Truger (Hrsg.), Finanzpolitik in der Kontroverse, Metropolis-Verlag, Marburg 2004, 23-69.

Schulmeister, S., „Geld als Mittel zum (Selbst)Zweck“ in Lissmann, K. P., (Hrsg.): Geld. Was die Welt im Innersten zusammenhält, Paul Zsolnay Verlag, 2009, 168-206.

Schulmeister, S., Mitten in der großen Krise. Ein "New Deal" für Europa, Wiener Vorlesungen, Edition Gesellschaftskritik, Picus-Verlag, 2010.

Schumpeter, J., Business Cycles, McGraw Hill, New York, 1939.